

Kinderloser Methusalem fährt Aktien-Achterbahn

Altersvorsorge zwischen Pillen- und Renditeknick – Von der Arbeitnehmer- zur Erwerbstätigenversicherung

Von: Michael Wendel

Ludwigshafen. Die demographische Zeitbombe tickt in Japan noch einen Tick schneller als anderswo. In dem fernöstlichen Inselstaat, einem in Rezession und Deflation verstrickten Wirtschaftskrisen, lässt sich Deutschlands Zukunft heute schon besichtigen.

Die Lebenserwartung des Durchschnitts-Japaners liegt bei 80 Jahren und bei der Durchschnitts-Japanerin schon weit darüber. Die „Fruchtbarkeitsrate“ lag 2002 bei 1,37 statistischen Kindern je Frau, so niedrig wie in Deutschland auch. Längere Lebenszeit und eine Geburtenziffer, die nicht einmal den Bevölkerungsbestand sichert, beschleunigen die „Methusalemisierung“ der Gesellschaft: Nahezu ein fünftel der 100 Millionen Japaner sind heute schon 65 Jahre und älter. Bis 2050 steigt der Anteil laut japanischem Nationalforschungsinstitut auf 35,7 Prozent.

Das japanische Rentensystem, ein unübersichtlicher Mix aus Arbeitnehmersversicherung, Volksrente und Grundrente, ächzt im Zangengriff von zunehmender Vergreisung und permanenter Konjunkturflaute. Mit allen auch hier zu Lande geläufigen Begleiterscheinungen: Das Rentenniveau sinkt, die Beitragssätze steigen. Die Rentenreform im kommenden Jahr soll die Alterssicherung stabilisieren. Aber wie? Bei der Suche nach Antworten schauen die japanischen Politiker auch nach Deutschland.

Altersfaktor in der Rentenformel

Hier haben die Regierungen in Bonn und in Berlin im zurückliegenden Jahrzehnt mit allerlei Reformen und Reförmchen, mit Taschenspielertricks und Schönrechnereien versucht, die gesetzliche Rentenversicherung gegen den unerbittlich und unumkehrbar voranschreitenden Alterungsprozess der Bevölkerung zu wappnen. Noch zu Zeiten der Kohl-Ära hatte der CDU-Sozialminister Norbert Blüm einen demographischen Faktor in die Rentenformel eingebaut. Den die rot-grüne Nachfolge-Regierung bei Amtsantritt 1998 umgehend kassierte und sich stattdessen darauf verlegte, mit Einnahmen aus der Ökosteuern und Manipulationen an der Schwankungsreserve den Beitragssatz zu senken und zu stabilisieren. Vergeblich, wie man heute weiß. Weshalb der demographische Faktor jüngst in Gestalt des von der Rürup-Kommission ersonnenen Nachhaltigkeitsfaktors wiederauferstand. Das Etikett ist neu, das Ziel bleibt das gleiche: das an die allgemeine Entwicklung der Nettolöhne gebundene Rentenniveau schrittweise zu senken. Freundlicher formuliert: Die künftigen Rentner müssen sich mit einem flacher – wenn überhaupt Altersruhegeld bescheiden. Bis sie selbiges beantragen können, müssen sie aller Voraussicht nach länger arbeiten. Folgen Regierung und Gesetzgeber den Empfehlungen der Rürup-Kommission, wird nämlich in nicht allzu ferner Zukunft das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht. Damit nicht genug: Zusätzliche Nachteile drohen den Rentnern wenn, wie derzeit diskutiert, ihr Beitragsanteil zur Krankenversicherung auf 50 Prozent steigt und die vom Bundesverfassungsgericht geforderte „nachgelagerte“ Besteuerung der Renten eingeführt wird. Je hektischer an der Mechanik des Rentensystems herumgeschraubt

wird, desto offenkundiger wird auch, dass das sogenannte Umlageverfahren, in seiner gegenwärtigen Form – die Rentenkassen zahlen die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingezahlten Beiträge umgehend an die Rentenbezieher aus – an seine Grenzen stößt. Selbst wenn alle Bremsen greifen, wird der Rentenbeitragsatz im nächsten Jahrzehnt steigen; Prognosen sprechen von 22 bis 24 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens (aktuell beträgt dieser Satz 19,5 Prozent). Das bedeutet: Höhere Lohnzusatzkosten für die Arbeitgeber, die deshalb keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen oder sich gar ihrer teurer gewordenen Arbeitnehmer entledigen. Dann fallen noch mehr Beitragszahler aus, was wiederum die Finanzprobleme der Rentenversicherung verschärft. Ein Teufelskreis.

Einen Ausweg aus dem Dilemma versuchte der erste Sozialminister der Regierung Schröder zu weisen. Sein Name verbindet sich mit einer innovativen Idee: der Riester-Rente. Die zum nächsten Entzücken der Finanzwirtschaft eingeführte, von Staats wegen geförderte private Altersvorsorge soll die künftige Rentnergeneration heute schon zum Ansparen von Vorsorgekapital animieren. Aus dessen Erträgen könnten die von der Rentenreform aufgerissenen Lücken im Alter gestopft werden. Die Nachfrage nach Riesen-Verträgen entspricht allerdings bei weitem nicht den Erwartungen. Zweifel an der Tragfähigkeit der kapitalgedeckten Altersvorsorge nähren Befürchtungen von Volkswirten, dass die demographische Entwicklung auch Aktienkurse und Zinsen unter Druck setzt. Zum einen, so die Theorie, weil der Schwund an Fachkräften die Löhne in die Höhe treibt, was – im Verein mit Absatzproblemen in einer geschrumpften Bevölkerung – die Unternehmensgewinne mindert und auf die Aktienkurse drückt. Zum anderen, weil eine „Entsparwelle“ einsetzt, wenn die geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer“) ihre Vermögensreserven im Alter auflösen. Pessimistische Analysten rechnen spätestens 2020 mit einem dadurch verursachten Aktien-Crash.

Eine optimistischere Prognose geben die Demographie-Experten des von Axel Börsch-Supan geleiteten Mannheim Research Institute für the Economics of Aging (Mea). Der Renditeknick werde – bezogen auf das Zinsniveau des Jahres 2000 – bis zum Jahr 2050 höchstens 1,5 Prozent betragen, meint der Mannheimer Wissenschaftler Alexander Ludwig. Seine Berechnungen stützt er unter anderem auf die Annahme, dass sich Anlagestrategen frühzeitig auf die Risiken einstellen und zum Beispiel mehr im Ausland und in anderen Währungsräumen investieren.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Rheinpfalz vom 08.07.2003